

# "Westlessness" : die Münchner Sicherheitskonferenz 2020

Autor(en): **Puhl, Detlef**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-880761>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# «Westlessness» – Die Münchner Sicherheitskonferenz 2020

Die Münchner Konferenz hat den Graben zwischen Washington und seinen europäischen Partnern bestätigt. Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bedauerte, dass die USA die Idee der internationalen Gemeinschaft aufgegeben hat; sein Homolog Emmanuel Macron rief Europa dazu auf, eine strategische Macht zu werden. Staatssekretär Mike Pompeo betonte, dass die westlichen Werte erfolgreich sind und lehnt die Zweifel seiner Gesprächspartner ab.

Detlef Puhl

Die Organisatoren der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) haben einen neuen Begriff kreiert: Westlessness, zu übersetzen vielleicht mit «Westlosigkeit» oder Abwesenheit des Westens. Westlessness ist auch der Titel des Berichtes 2020, der im Hinblick auf die 56. Konferenz veröffentlicht wurde; diese fand vom 14. bis

16. Februar wie immer im Hotel Bayerischer Hof in München statt. Dieses jährliche Hochamt der Experten der transatlantischen Sicherheit vereinte ca. 500 Teilnehmer, darunter etwa 30 Staats- und Regierungschefs sowie zahlreiche Minister, Botschafter, Generäle und Firmenchefs; er widmete sich der Suche nach der westlichen Seele. Nach Abschluss der Konferenz geht die Suche unverändert weiter.

## Die Zweifel des Frank-Walter Steinmeier

Bei der Eröffnung der Konferenz führte der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier aus, dass es nicht mehr selbstverständlich sei, dass «wir» und «der Westen» gleichbedeutend sind, weder in unseren Gesellschaften noch in der Sicherheitspolitik. Er stellt eine destruktive Dynamik in der internationalen Politik fest.

Die «Aufgabe sogar der Idee einer internationalen Gemeinschaft» durch unseren engsten Alliierten, die Vereinigten Staaten, stelle ein Element dieser Dynamik dar. «Jeder für sich» und «jeder Staat muss seine Interessen vor denjenigen der anderen Staaten stellen» seien die Credos der aktuellen Amerikanischen Administration. «Great Again», wenn nötig zu Lasten der Nachbarn und Partner.

Diese Denk- und Handlungsweise, so der deutsche Staatschef, gedeiht zum Nachteil von uns allen. Es wirft uns zurück in eine Epoche, in der jeder seine Sicherheit zu Lasten der anderen sicherstellen wollte. Es weckt Zweifel an unseren internationalen Institutionen, die uns dazu dienen, Kompromisse zu schmieden. Es schwächt sie und das ist gewollt.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eröffnet die Konferenz.

Botschafter Wolfgang Ischinger im Gespräch mit Präsident Emmanuel Macron.



Bild: Euro-topics



Bild: securityconference.org

«Es bringt uns zu den Denkmustern von vorgestern zurück, das ist äusserst gefährlich.»

Wahrlich eine bedenkliche Analyse durch den Mann, der vor sechs Jahren, damals als Aussenminister, beim gleichen Anlass optimistisch erklärt hatte, dass Deutschland bereit sei, sich vermehrt für den Erhalt und die Entwicklung der internationalen Ordnung einzusetzen, auf der Grundlage der Regeln des Rechts. Somit besteht gleich zu Beginn der Konferenz im Jahr 2020 ein Zweifel, was die Gültigkeit dieser internationalen Ordnung und der Vorstellung der westlichen Werte darstellt.

### Das Selbstverständnis des Mike Pompeo

Im Gegensatz dazu stand der Vortrag des US-Aussenministers Mike Pompeo am nächsten Tag unter der Überschrift: «Der Westen gewinnt». «Gestern hat hier jemand gesagt, dass die Vereinigten Staaten die Vorstellung der internationalen Gemeinschaft verneinen würden», sagte er und nahm dabei Bezug auf den deutschen Bundespräsidenten. Er sei aber hier anwesend, um zu betonen, dass solche Aussagen in keiner Weise der Realität entsprächen. Die «westlichen Vorstellungen sind den anderen überlegen». Der Westen bleibe anderen Modellen überlegen, denn «viele wären gern wie wir».

Der «Westen gewinnt», und zugleich «die Freiheit», sagte Pompeo weiter. Der Westen unterstütze unabhängige Nationen wo andere, wie etwa Russland, China, Iran, die Souveränität der Nationen missachteten. Die USA hätten in vielen internationalen Aktionen immer noch die Führung inne, sagte der US-Aussenminister. Für den amerikanischen Chefdiplomaten gehört zum Westen «jede Nation, die die Freiheit des Einzelnen respektiert und dem Modell einer liberalen Wirtschaftsordnung und nationaler Souveränität folgt». Eine Definition des «Westens», die die Mehrzahl europäischer Politiker sicherlich so nicht teilen würde. Sollte der «Westen» für Pompeo am Ende nur ein anderes Wort für «USA» sein?

Der amerikanische Verteidigungsminister Mark Esper hat sich hauptsächlich über China geäussert. China stellt die «Hauptsorge des Pentagons dar». Die Sorge um die wirtschaftliche und militärische Expansion Chinas müsste auch für die NATO eine Sorge darstellen, habe er seinen Kollegen während einer Zusammen-



Nancy Pelosi, die Sprecherin des Repräsentantenhauses, im Gespräch mit Wolfgang Schäuble, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages.

kunft in Brüssel gesagt. Nach der Logik der nationalen Strategie Amerikas, auf die er sich bezog, müssten sich die Alliierten hinter die erste Macht der Allianz stellen, in dieser neuen Ära des Wettbewerbes der grossen Mächte – mit China vorab und dahinter Russland – die das Schwergewicht der nationalen Strategie Amerikas darstellt.

**«Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass «wir» und «der Westen» gleichbedeutend sind, weder in unseren Gesellschaften noch in der Sicherheitspolitik.»**

Frank-Walter Steinmeier

In den Vorträgen der amerikanischen Administration finden sich keine Zweifel darüber, was der Westen ist: Die vom deutschen Bundespräsidenten geäusserten Zweifel? Die vom französischen Präsidenten festgestellte «Schwächung des Westens»? Dies spiegele «in keiner Weise die Realität» wider, wie Pompeo behauptet. In Washington gefällt man sich im Umfeld von Präsident Trump, von «alternativen Fakten» zu reden, wenn die Wahr-

nehmungen der einen und anderen nicht übereinstimmen. München bot genügend Möglichkeiten, alternative Realitäten festzustellen.

### Emmanuel Macrons Ehrgeiz

Was die europäische Realität angeht, so hat Emmanuel Macron eine vertiefte Analyse vorgestellt, die in vielen Aspekten mit der Beurteilung seines deutschen Kollegen übereinstimmte. Seit 10 bis 15 Jahren, also lange bevor Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt wurde, stellte man eine «Schwächung des Westens» fest. Dies sei nicht nur eine Folge des aufstrebenden Chinas, sondern auch des Aufstrebens «regionaler Mächte, die unsere Wertvorstellungen nicht teilen, wie etwa Russland und die Türkei». Hinzu komme eine Politik der USA, die vor einigen Jahren, und nicht nur unter der jetzigen Administration, eingesetzt hat, die Politik eines relativen Rückzugs, in jedem Fall aber einer neuen Beurteilung der Beziehungen zu Europa.

Aus dieser Feststellung schliesst der französische Präsident, dass «wir einer europäischen Strategie bedürfen, um wieder als strategische politische Macht aufzutreten.» Eine europäische Macht, «um unsere Werte und gemeinsamen Vorstellungen zu schützen». Macrons Vision ist, dass Europa in zehn Jahren seine neue Souveränität definiert hat. Eine Souveränität, die nicht nur national ist, sondern die sich die europäischen Nationen teilen, «je nach ihrer Wahl in mehreren Kreisen»: Ein Kern, der deutlich stärker integriert ist als heute, ein zweiter Kreis von Partnern, die eine Politik des gemeinsamen Marktes verfolgen, und ein Kreis von Staaten

mit einer gemeinsamen Nachbarschaftspolitik. Es geht dabei um eine europäische Ambition, von der der französische Präsident spricht, auch von einer europäischen Verteidigungsambition, die sich nicht gegen die NATO richtet, auch keine Alternative zur NATO darstelle, die aber eine zweite Säule der kollektiven Sicherheit Europas darstellen könnte. Die amerikanische strategische Neupositionierung unter Barack Obama ruft für Macron nach einem neuen Gleichgewicht im Rahmen der NATO, fordert den Aufbau, in Kohärenz mit der NATO, einer eigenen Fähigkeit, die gegenüber dem amerikanischen Partner die Glaubwürdigkeit einer eigenen Handlungsfreiheit schafft. Der französische Präsident weigert sich, den Juniorpartner der Vereinigten Staaten zu spielen, «weil wir manchmal Meinungsverschiedenheiten haben, zu denen man stehen muss, zum Beispiel im Fall Iran.»

Dieses Plädoyer von Macron für ein starkes und handlungsfähiges Europa stimmt genau mit den Aussagen von Steinmeier überein, der aussagte: «Die grossen Mächte haben 2020, anders als früher, kein Interesse an einer gelungenen Integration Europas.» Im Gegenteil, jeder der grossen Spieler verfolge seine eigenen Interessen, zu Lasten der europäischen Einheit. Dieses Europa dürfe nicht scheitern, erklärte Steinmeier. Für Deutschland sei Europa nicht einfach «nice to have». «Europa stellt unser fundamentalstes nationales Interesse dar.» Und Steinmeier ergänzte: «Das vereinigte Europa wird nur überleben, wenn es das oberste Ziel der deutschen Verantwortung darstellt. Nichts könnte für Deutschland gefährlicher sein als die Vorstellung von einer Zukunft ohne ein vereintes Europa.»

Der «Westen gewinnt» oder der «Westen ist verschwunden»? Der Westen, das ist ganz offensichtlich eine Idee, deren Wahrnehmungen freilich stark divergieren. Nehmen diese Divergenzen zu? Die Mehrheit der Redner trugen Zweifel vor. Die These des «Westens, der gewinnt» blieb eine Vorstellung am Rande.

### Die Abwesenheit des Vereinigten Königreichs

Zahlreiche weitere Themen wurden während der drei Tage in München angesprochen. Nicht bekannt ist, ob die amerikanischen und chinesischen, amerikanischen und russischen, amerikanischen

und iranischen, iranischen und saudi-arabischen, usw., usw., Aussenminister die Gelegenheit zu privaten Gesprächen erfassten. Hingegen haben sich der Präsident Azerbaidjans, Ilham Aliev, und der Ministerpräsident Armeniens, Nikol Pashinian, zum ersten Mal zu einem Meinungsaustausch über den Konflikt über Nagorno-Karabach getroffen. Optimismus ist da notwendig!

Leider haben sich der chinesische Aussenminister Wang Yi und sein russischer Kollege Sergei Lavrov auf Ruhmreden auf ihre eigenen Regimes beschränkt. Nach den Worten des Ministers aus Peking bekämpft China und seine kommunistische Partei mutig die Epidemie, die das Land betrifft. Es habe keine Absicht, seine Einflussphäre auszudehnen, werde sich aber vor dem Hintergrund seiner 5000-jährigen Geschichte von niemandem seinen Weg vorschreiben lassen. Russland stellt, in den Worten seines ewigen Aussenministers, «75 Jahre nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg», die Verrohung der internationalen Beziehungen und ein totales Misstrauen gegenüber der NATO fest.

Leider musste man auch die faktische Abwesenheit der Stimme des Vereinigten Königreiches beklagen. Der Sicherheitsberater des Premierministers, Sir Mark Philip Sedwill, war der einzige britische Vertreter auf einem der Podien, wo hingegen zahlreiche europäische Staaten mit politischen Schwergewichten vertreten waren, ganz zu schweigen von der grossen Delegation des amerikanischen Kongresses, angeführt von Nancy Pelosi, der Sprecherin des Repräsentantenhauses.

Der verschwundene Westen? Der Präsident der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz, Botschafter Wolfgang Ischinger, zeigte sich am Ende befriedigt von den ermutigenden Aussagen zu Europa. Diese Aussagen stammten vor allem von den französischen und deutschen Präsidenten, einer von ihnen mit reeller Macht, der sich immer wieder beweisen muss und dazu der starken Unterstützung durch Berlin bedarf, der andere lediglich mit der Macht des Wortes, der eine zu oft zögerliche politische Klasse überzeugen muss. ■



Detlef Puhl  
Dr.  
freier Publizist  
Bonn

## Aus dem Bundeshaus

Weil die Frühjahrs-session infolge der Coronavirus-Epidemie nach zwei Wochen abgebrochen werden musste, konnten die auf die dritte Sessionswoche traktandierten sicherheitspolitischen Geschäfte nicht wie geplant weiterbehandelt werden. Bei der Zivildienstgesetzänderung (19.020) konnte die Differenzvereinbarung im Nationalrat nicht abgeschlossen werden. Und über die Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes (19.082) konnte das Parlament nicht mehr befinden. Des Weiteren fielen mindestens bis zum 19. April sämtliche Kommissions-sitzungen aus. Für die Sicherheitspolitische Kommission beider Räte verzögert sich dadurch die Behandlung der diesjährigen Armeebotschaft (20.031).



Vor Abbruch der Session konnten zumindest diverse für die Rüstungsindustrie relevante Geschäfte und Initiativen wie vorgesehen behandelt werden. Der Nationalrat nahm das Güterkontrollgesetz ohne Gegenstimme an (18.060). Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» (19.038) lehnte er deutlich ab, ebenso die Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags. Als Zweitrat nahm der Nationalrat zwei Motionen an, welche die durch das Söldnergesetz geschaffenen Rechtsunsicherheiten für Firmen korrigieren (19.4376 und 19.3991). Der Ständerat nahm die beiden Vorlagen 18.071 und 19.032 an, welche die Bekämpfung von kriminellen und terroristischen Organisationen in der Schweiz stärken sollen. In der Wintersession 2019 hatte er diese zwei Geschäfte seiner Sicherheitspolitischen Kommission zur erneuten Behandlung zugewiesen.

Was den Bundesbeschluss zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge anbelangt, sah es bei Redaktionsschluss (Ende März 2020) so aus, dass der auf September 2020 angesetzte Abstimmungstermin weiterhin gilt. Noch offen war, ob alle Vorlagen des ausgefallenen Abstimmungstermins vom 17. Mai im September nachgeholt werden. Es bleibt zu hoffen, dass bald nicht nur das politische Leben in der Schweiz wieder seinen geordneten Gang gehen kann.

Dr. Fritz Kälin, Fach Of Stab MND  
8840 Einsiedeln